

Abrüsten statt aufrüsten!

Wir bleiben friedensstark und verweigern dieser Regierung die geforderte Kriegstüchtigkeit.

Wir verlangen stattdessen von ihr:

Den Kriegskurs zu stoppen und Entspannung statt Eskalation zu betreiben, das heißt:

- Sich einsetzen für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in Ukraine und Gaza
- Keine Waffen in die Ukraine - Keine Unterstützung der Regierung Israels bei ihrem „plausiblen Fall von Völkermord“ (ICJ) am palästinensischen Volk
- Keine erneute Wehrpflicht - Bundeswehr raus aus Schulen und Universitäten
- Keine Stationierung von Dark Eagle in Europa
- Atombomben aus Büchel entfernen - Nukleare Teilhabe beenden - Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen - Raus aus den militärischen Strukturen der NATO
- Das Geld, das für das Töten verplant wird, in Soziales, Gesundheit und Umweltschutz investieren
- Rüstungsexport und Waffenherstellung beenden
- Keine deutschen Führungsmachtansprüche in der EU
- Eine europäische Sicherheitsordnung unter Einschluss Russlands
- Geflüchteten Schutz gewähren - Asylrecht stärken

(Quelle: aus dem Berliner Ostermarsch-Aufruf 2024)



Ostermarsch



Frankfurt (Oder) - Ostersonntag

31. März 14.00 Uhr Walter-Korsing-Straße
von der Friedensstele bis zur Friedensglocke

Die Waffen nieder!

Friedensfähig statt kriegstüchtig!



**Frieden jetzt! Abrüstung jetzt!
Diplomatie jetzt!**

Ostermarsch 2024



in Frankfurt (Oder)



Die Waffen nieder! Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Deutschland muss „kriegstüchtig“ werden, erklärt Minister Pistorius. Er meint damit nicht nur die Bundeswehr, sondern die gesamte Bevölkerung. Wir lehnen eine Politik ab, die von Krieg als dem Normalfall ausgeht statt vom Friedensgebot des Grundgesetzes. Diese Politik eskaliert internationale Konflikte und militarisiert unsere Gesellschaft. Wir wenden uns gegen die innere Militarisierung in unserem Land, die eine weitere Rechtsentwicklung verstärkt. Wir müssen nicht „kriegstüchtig“, sondern die Politik wieder friedensfähig werden.

Täglich sterben unschuldige Menschen in zahlreichen Kriegen. Die Gefahren wachsen, denn es droht eine Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg, sowie eine Ausweitung des Krieges im Nahen Osten zu einem Flächenbrand. Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden. Weder militärische Offensiven, noch Waffenlieferungen oder Sanktionen gegen Russland haben zu Waffenstillstandsgesprächen geführt. Initiativen zur Beendigung der militärischen Auseinandersetzung, für einen Waffenstillstand und diplomatische Lösungen werden von der Bundesregierung abgelehnt.

Auch im Gaza-Krieg sind wir solidarisch mit allen Opfern und fordern einen sofortigen Waffenstillstand. Wir bekennen uns zum Existenzrecht des Staates Israels und Palästinas auf Basis von UNO-Beschlüssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Nordsyrien und Nordirak, gegen die das NATO-Mitglied Türkei weiterhin eine blutige Kriegsführung betreibt. Dieser Konflikt steht auch für viele andere kriegerische Auseinandersetzungen weltweit, die hierzulande kaum wahrgenommen werden. Mit ihren Waffenlieferungen gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer. Sie bedient dabei die Profitinteressen der Rüstungsindustrie und stützt die Vormachtstellung der USA.

Kriege und Rüstung sind Ursachen für Zerstörung des Klimas, Hungerkrisen, Flucht und Vertreibung. Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürre werden nicht bekämpft, weil das Geld für Rüstung ausgegeben wird.

Anstatt auf Diplomatie und Deeskalation zu setzen, steigen die deutschen Militärausgaben von bisher 64 auf 85 Milliarden Euro, etwa tausend Euro pro Einwohner. Das ist der größte Sprung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wir wollen nicht den weltweit drittgrößten Rüstungsetat, der mit sozialer Verelendung in unserem Land erkaufte wird.

Statt Rüstungskonzerne reich zu machen hätte man Geld, um Kinderarmut zu verhindern, den Wohnungsbau voranzutreiben, das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie den Klimaschutz zu verbessern und die Sozialausgaben insgesamt zu erhöhen.

Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik – in der Ukraine, im Nahen Osten und weltweit. „*Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts*“ (Willy Brandt). Nur im Frieden und nur durch gemeinsame globale Anstrengungen sind soziale Entwicklung, Schutz von Klima und Natur und eine lebenswerte Zukunft für alle möglich.

Es ist zu Ostern dringlicher denn je, als zivilgesellschaftliche Opposition auf die Straße zu gehen. Wir fordern

- einen Stopp aller Waffenlieferungen
- glaubwürdige diplomatische Initiativen
- Sozialausgaben, zivile Infrastruktur und Klimaschutz auszubauen
- Asyl für alle Menschen auf der Flucht und Kriegsdienstverweigerer
- Beibehaltung von Zivilklauseln, Militarisierung an Hochschulen stoppen.

Frieden jetzt! Abrüstung jetzt!
Diplomatie jetzt!
Ja zum Ausbau des Sozialstaates!